

Hohenstein-Ernstthal Tagesblatt

Anzeiger

Ersteinst
jeden Wochentag abends für den folgenden Tag und
kostet durch die Austräger pro Quartal Mk. 1,55
durch die Post Mk. 1,92 frei in's Haus.

Inserate
nehmen außer der Expedition auch die Austräger auf
dem Lande entgegen, auch befördern die Annoncen-
Expeditionen solche zu Originalpreisen.

Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Lugau, Hermsdorf, Bernsdorf,
Langenberg, Falken, Langenchursdorf, Meinsdorf, Ruzsdorf, Wüstenbrand, Grina, Mittelbach, Ursprung, Erlbach,
Kirchberg, Pleiße, Reichenbach, Callenberg, Tirschem, Ruzschnappel, Grumbach, St. Egidien, Hüttengrund u. s. w.

Amtsblatt

für das Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Hohenstein-Ernstthal.
Organ aller Gemeinde-Verwaltungen der umliegenden Ortschaften.

Nr. 67.

Dienstag, den 21. März 1905.

55. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Nachdem das Ergebnis der diesjährigen Einschätzung zur Einkommen- und Ergänzungssteuer den hiesigen Beitragspflichtigen durch Aushängung der Steuerzettel bekannt gegeben ist, werden diejenigen Beitragspflichtigen, welche einen Steuerzettel nicht erhielten, aufgefordert, sich beim Unterzeichneten zu melden.

Gersdorf, den 18. März 1905.

Der Gemeindevorstand.
Müller.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 18. März.

Auf der Tagesordnung steht der **Etat der Schutzgebiete**, zunächst für Deutsch-Ostafrika. Die Kommission hat bei den einmaligen Ausgaben an der Forderung für Bauten 150000 Mark abgesetzt.

Abg. **Erzberger** (Zentr.) wünscht einen Lehrstuhl für Kolonialrecht an der Universität Berlin. Der Ordinarius sollte allerdings nicht immer in Berlin sitzen, sondern sich durch Reisen in den Schutzgebieten über das Recht der Eingeborenen dauernd informiert halten. Vor allem aber sei angezeigt die Neuordnung des Münzwesens in Ostafrika und die Errichtung einer Deutsch-Ostafrikanischen Bank, wie beides ja auch schon von der Regierung in die Wege geleitet sei. Die Beibehaltung des indischen Rupien-Systems werde hoffentlich später einmal der deutschen Markwährung Platz machen. Zu bemängeln sei ferner, daß jetzt auf 30 Jahre hinaus das Notenprivileg der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft ohne jedes Entgelt erneuert worden sei. Es hätte lieber die Reichsbank veranlaßt werden sollen, dort eine Niederlassung zu errichten. Endlich bemängelt Redner, daß die Frachttarife unserer subventionierten Dampferlinien nach den deutsch-ostafrikanischen Häfen höher seien, als die nach benachbarten portugiesischen Häfen.

Kolonialdirektor Dr. **Stübel** versichert, daß die Regierung, wie sie bisher für die Schaffung kolonialer Lehrstühle am Orientalischen Seminar und an Universitäten eingetreten sei, es auch weiter tun und sich freuen werde, wenn der Reichstag dazu die Mittel bewillige.

Geheimrat **Helfferich** von der Kolonialverwaltung rechtfertigt die vorläufige Beibehaltung des Rupien-Systems. Aus der sofortigen Wahl der Reichswährung würden sich wirtschaftliche, vielleicht auch politische Schwierigkeiten ergeben haben. Der Gedanke der Gründung einer Reichsbank sei trotz zweijähriger Verhandlungen nicht zu verwirklichen gewesen. Die Konstruktion der Ostafrikanischen Bank habe doch auch manche Vorzüge gegenüber einer bloßen Ausdehnung der Reichsbank. Ein besonders wichtiger Gesichtspunkt dabei sei die Heranziehung deutschen Privatkapitals in unsere Kolonien. Diejenigen, die über Zurückhaltung des deutschen Privatkapitals klagen und von der Heranziehung ausländischen Kapitals in unsere Kolonien unangenehm berührt worden seien, sollten doch froh sein, wenn sich jetzt deutsches Kapital in unseren Kolonien betätige.

Geheimrat **Seitz** stellt in Abrede, daß die Frachttarife unserer subventionierten Ostafrika-Linien für unsere dortigen Häfen ungünstiger seien, als für die benachbarten portugiesischen Häfen. Für letztere seien die Gebühren zwar an sich niedriger, aber unsere Häfen würden direkt angelaufen, während im Verkehr mit Beira und den anderen portugiesischen Häfen erst eine Umladung erforderlich sei.

Abg. **Baasche** (nat-lib.) glaubt nicht, daß ein Institut wie die Reichsbank, das sich hier bewährt habe, in Ostafrika am Platze sei. Dahin gehöre der frei wogende Kaufmann. Ebenso wie die Regelung der Münzfrage sei auch die gewählte Regelung der Währungsfrage, die Uebertragung der Notenausgabe an eine Privatbank, durchaus zu billigen. Eine größere Pflege der kolonialen Interessen auf den Universitäten sei sehr wünschenswert. In Kiel z. B., wo so viele Marineoffiziere seien, sollte Tropenhygiene und Kolonialrecht Gegenstand von Vorlesungen sein.

Abg. **Siedekum** (Soz.) wendet sich dagegen, daß in den Kolonien das Großkapital bevorzugt werde, und befürchtet, daß auch in Ostafrika Unruhen in Sicht seien.

Abg. **von Richtofen** (kons.) begrüßt mit Genugtuung, daß in bezug auf die Landerwerbsgesellschaften jetzt der Standpunkt verlassen sei, den die Regierung hier am 15. Juni 1899 vertreten habe.

Abg. Dr. **Arendt** (Reichsp.) tritt zunächst der Befürchtung Südbekums entgegen, daß in Ostafrika ein Aufstand im Anzuge sei. Recht habe dagegen Südbekum darin, daß in der Gegend von Tabora der wirtschaftliche Verkehr zurückgegangen sei. Das werde sich hoffentlich ändern, wenn erst die Bahn nach Mombasa fertig sei. Zu den Angriffen auf das Großkapital liege hier um so weniger Anlaß vor, als gerade in Ostafrika von direkten oder indirekten großen Gewinnen der dortigen Gesellschaften bisher noch nicht die Rede sei. Die Einführung der Reichswährung in Ostafrika wäre viel richtiger gewesen, als die Schaffung eines solchen Zwitterzustandes, wie er jetzt dort bestehe.

Der Etat für Ostafrika wird mit dem von der Kommission beantragten Abtritte genehmigt.

Beim Etat für Kamerun teilt Kolonialdirektor Dr. **Stübel** mit, daß nach einer dieser Tage eingegangenen Meldung des Gouverneurs in Kamerun Unruhen zu erwarten seien. Daher sei die Vermehrung der Schutztruppe um zwei Kompanien in Aussicht genommen worden. Nach einem neueren Telegramm seien keine Unruhen ausgebrochen und auch in absehbarer Zeit nicht zu erwarten.

Beim Etat für Togo erwidert auf eine Beschwerde des Abg. **Noeren** Kolonialdirektor Dr. **Stübel**: Die Verwaltung lege den größten Wert auf ein gutes Verhältnis zwischen Missionaren und Beamten. Wenn diese gutes Verhältnis durch die Schuld von Beamten gestört werde, so werde die Verwaltung unter allen Umständen Remedur schaffen. (Beifall im Zentrum.) Die Beamten würden stets mit größter Vorsicht ausgewählt, aber es sei der Verwaltung unmöglich, einen Beamten, den sie nur aus seinen Papieren kenne, ganz zu durchschauen. Auch sei zu erwägen, daß es für Beamte, die in ihrer Heimat in einem gewissen Milieu gelebt haben, einigermaßen schwierig ist, sich in den Schutzgebieten eine besondere Moral anzueignen. (Seiterkeit) Man müsse darauf Rücksicht nehmen, in welchem Milieu die Herren in ihrer Heimat gelebt hätten. (Seiterkeit.)

Abg. **Redebour** (Soz.) kritisiert letztere Bemerkung. Man müsse da auf sonderbare Gedanken bezüglich der Auswahl der Beamten seitens der Kolonialverwaltung kommen. Weiter kritisiert Redner die Landerwerbsgesellschaft in Togo.

Zum Etat für Südwestafrika schlägt die Budgetkommission eine Resolution vor betreffend Einsetzung einer Kommission aus Mitgliedern des Reichstags und kolonialen Sachverständigen behufs Prüfung der Rechte und Pflichten und der bisherigen Tätigkeit der Land- und Bergwerksbesitzer in Südwestafrika.

Die Abgg. **Lattmann** (Antif.), **Erzberger** (Zentr.) und **Redebour** (Soz.) kritisieren das Verfahren und die Vorräte der Land- und Minengesellschaften und die Stellung der Kolonialverwaltung diesen gegenüber.

Abg. Dr. **Baasche** (nat-lib.) nimmt die kolonialen Gesellschaften in Schutz und bittet, baldmöglichst das neue Berggesetz in Kraft treten zu lassen.

Kolonialdirektor Dr. **Stübel** stellt eine neue Bergverordnung in Aussicht.

Der Etat für Südwestafrika wird genehmigt, die Resolution angenommen.

Debattelos werden erledigt die Etats für Neuguinea, die Karolinen und Marianen, ebenso nach unwesentlicher Debatte für Samoa, sowie der Titel für die kolonialen Reichszuschüsse im Etat des Auswärtigen Amtes.

Schluß der Sitzung gegen 6 1/2 Uhr. — Montag 1 Uhr: Militär-Stat und Friedenspräsenz nebst Festlegung der zweijährigen Dienstzeit.

Aus dem Reiche.

Parte Rücksichten?

Vor ein paar Tagen wurde gemeldet, zum Oberlandesgerichtspräsidenten in Köln sei der Düsseldorf Landesgerichtspräsident **Rätjen** ernannt. Herr **Rätjen** ist Protestant und das scheint die „regierende Partei“ verschunpft zu haben. In einem bitterbösen Artikel zog die „Köln. Volksztg.“ wider die Regierung zu Felde, die es wage, dem bisherigen katholischen Oberlandesgerichtspräsidenten einen **Protestanten** zum Nachfolger zu geben. Das sei eine Rücksichtslosigkeit gegenüber den preussischen Katholiken, ein Entgegenkommen gegen die „fanatischen und gewissenlosen Hezer“, die in blinder Leidenschaft gegen alles Katholische anrennen. Zum Schluß kam der Wink mit dem Hauptfah: Alles dies geschieht in einem Augenblicke, wo die Zentrumsfraktion im Reichstage und im Landtage an dem Zustandekommen der wichtigsten Gesetzgebungswerte in ausschlaggebender Weise mitgewirkt hat; im Reichstage der Handelsverträge im preussischen Landtage der Kanalvorlage. In einem solchen Augenblicke wirken Dinge wie die Berufung eines Protestanten auf die Stelle des Oberlandesgerichtspräsidenten in derjenigen preussischen Provinz, wo die katholische Bevölkerung ziffermäßig am meisten überwiegt und wo ihr Selbstbewußtsein am lebendigsten ist, wie eine Brüstung. Man muß auch diesen Vorgang unter den Zeichen der Zeit verzeichnen. — Es scheint fast, als ob diese im größten Erpresserfille gehaltenen Rodomontaden auf die Regierung nicht ohne Einfluß geblieben sind. Denn in der „Nordd. Allg. Ztg.“ findet sich folgende offiziöse Notiz: Gegenüber verschiedenen Zeitungsmeldungen sind wir in der Lage, festzustellen, daß eine Entscheidung über die Neubefugung der zur Erledigung gelangenden Oberlandesgerichtspräsidentenstelle bisher nicht getroffen ist. Sind das vielleicht parte Rücksichten?

Aus Südwestafrika.

Die neuesten Meldungen aus Südwestafrika lassen erkennen, daß der Kampf gegen die aufständischen Hottentotten sich einer Entscheidung zudrängt. Die Abteilungen v. **Kopp** und v. **Kamp** haben in den Karasbergen gegen die Bande **Morris** zusammenwirken können. Offenbar ist eine gewisse Einschließung derselben gelungen. Der Weg nach dem Süden scheint ihr jetzt nicht mehr offen zu stehen. Die Hauptmasse der Hottentotten ist jetzt in den Karasbergen zusammengedrängt. Da der Aufstand im Oktober bei Gibeon begann, so sind die Aufständischen mehr als 200 Kilometer nach Süden zurückgedrängt. Eine Abteilung von 400 Hottentotten unter **Kornelius** ist von **Hendrik Witboi** selbst nach den Karasbergen gesandt worden. Dort hat sich offenbar ein Zentrum gebildet, wo sich nunmehr die Hauptkämpfe entwickeln werden. Trotz aller Schwierigkeiten, welche der Wassermangel und das stark zerklüftete felsige Gebirge den Truppen und ihrer Verpflegung bieten, wird dadurch doch der Kampf erleichtert gegenüber der früheren Zersplitterung der Hottentotten. Ein anderer Teil derselben hat sich die Linie des **Nosob** als Stützpunkt aufgesucht, offenbar mit Rücksicht auf die nahe englische Grenze. Von dort wird auch die Unwesenheit von **Hendrik Witboi** gemeldet. Unmöglich wäre es nicht, daß er sich schon auf britischem Gebiet aufgehalten hat und jetzt auf den Kampfplatz zurückgekehrt ist, wo er die obere Leitung hat. Die Majore **Meister** und v. **Storff** sind gegen den **Nosob** hin mit größeren Abteilungen abgesandt worden. Da sich **Hendrik Witboi** nach den letzten Ausfagen nur etwa 20 Kilometer von der Grenze befand, so ist sein Entweichen nach Britisch-Betschuanaland ganz selbstverständlich. Er soll zwei Wunden, am Fuß und am Kreuz, erhalten haben. Zugleich wird berichtet, sein Sohn **Jzaak** wäre am rechten Auge verwundet. Hier scheint ein Irrtum obzuwalten. Von den Söhnen **Hendriks** lebt nur

noch einer, namens **Hendrik**, der zum Unterschiede von seinem Vater **Klein-Hendrik** genannt wird. Der ehemalige Unterkapitän der **Witbois**, **Samuel Jzaak**, war kein Verwandter **Hendriks**. Da die Abteilung von **Kopp** den südlichsten Teil des Schutzgebietes mit Warmbad besetzt hatte, so ist ihr Heranziehen und ihr Zusammenwirken mit anderen Truppen wohl als ein Beweis dafür anzusehen, daß der Weg über den Orangefluß nach und aus dem Kaplande jetzt nicht mehr so offen ist, wie früher. Dagegen erkennt man aus den Kämpfen und Bewegungen im Gebiete des **Nosob**flusses, daß die Ostgrenze noch ganz offen ist. Dahin entziehen die geschlagenen Hottentotten regelmäßig.



Hauptmann Kirchner.

Nach einer Meldung des Generals v. **Trotha** vom 18. März steht Oberst **Deimling** mit den vereinigten Abteilungen v. **Kamp** und v. **Kopp** bei **Nurudas** und säubert zunächst das Gebirge. Eine Kompanie und zwei Geschütze sind zur Abteilung **Kirchner** nach **Koß** entsandt. Major v. **Leingerte**, mit dem Oberst **Deimling** durch eine Offizierpatrouille die Verbindung hergestellt hat, steht bei **Rouchans** und hatte bis zum 12. März morgens noch keine Verbindung mit dem **Begner**.

Der Telegraph übermittelt uns wiederum eine längere Verlufliste, aus denen wir lediglich unsere Sassen hervorheben: Reiter **Kurt Gut**, geb. zu **Mühltruff**, früher Pionierbataillon Nr. 7, am 13. März in der Kranzengammelstelle **Kalkfontein** an **Epphus** gestorben. Im Gesicht bei **Geibans** am 11. März schwer verwundet **Feldwebel Gustav Mesech**, geb. zu **Klein-Blumenberg**, früher im sächsischen 10. Infanterieregiment Nr. 134, Schuß in die Brust. Leicht verwundet Unteroffizier **Edwin Gerd**, geb. zu **Zwängen**, früher sächsisches 1. Pionierbataillon Nr. 12, Streifschuß am Halse.

Aus dem Auslande.

Deutschland und San Domingo.

Aus Washington wird über die letzte Senatsitzung berichtet: Im Verlaufe der Beratung über den Vertrag mit **Santo Domingo** sagt Senator **Teller**, er habe gehört, ein Grund, weshalb der Senat den Vertrag unverzüglich ratifizieren sollte, wäre der, daß sonst wahrscheinlich eine fremde Regierung, nämlich die **deutsche**, eine Invasion in **Santo Domingo** ausführen würde; er glaube aber, daß diese angebliche Gefahr eine Mythe sei, und daß Deutschland mit dem Verfahren zufrieden sei, das die Vereinigten Staaten in betreff **Santo Domingos** verfolgen. Nach längerer Debatte wurde die von **Teller** eingebrachte Resolution, in welchem der Präsident der Vereinigten Staaten aufgefordert wird, dem Senat gewisse Informationen über **Santo Domingo** zu übermitteln, dem Ausschuss für die auswärtigen Angelegenheiten überwiesen. Der Senat vertagte sich sodann auf unbestimmte Zeit, ohne hinsichtlich des Vertrages mit **Santo Domingo** einen Beschluß gefaßt zu haben. — Wer fürchtet sich vor dem schwarzen Mann! Böses Deutschland!